

Aaron Tauss/Tamara Ehs

## **Das Ende des Kapitalismus denken?**

Fragmente für eine demokratisch-ökologische Linke  
im 21. Jahrhundert

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir in einer Welt geprägt von zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung, prekären Beschäftigungsformen, wachsender sozialer Ungleichheit, rapidem Ansteigen stressbedingter und psychosozialer Krankheiten, staatlicher Austeritätspolitik bei gleichzeitigem privaten Keynesianismus, sich intensivierenden Verteilungskämpfen um knapper werdende Ressourcen und Energiequellen, Umweltzerstörung, Klimawandel, neo-imperialer Landnahme, asymmetrischen Kriegen und Terrorismus. Hinzu kommt eine Vertrauenskrise in die bürgerliche Demokratie, die auf einer Autoritätskrise politischer Repräsentation basiert, da sich politische und ökonomische Macht bei einer diffusen, immer weniger greifbaren Minderheit konzentriert. Während bei Sozialem und Bildung gespart wird, um Banken zu retten, um ein dysfunktionales Finanzsystem zu stützen, haben die etablierten Parteien Utopien eines Guten Lebens entsorgt. Mit der entpolitisierenden Rhetorik der »Alternativlosigkeit« werden Gesellschaften scheinbaren Sachzwängen untergeordnet. Die bürgerliche Demokratie wird zunehmend zu einer »Wahlautokratie« (Gallas/Novak 2011), in der Alternativen immer weniger gedacht und gelebt werden können.

Nicht erst in der Krise, die nun schon Alltag geworden ist, »beginnt sich das Gleichheitsversprechen als die eigentliche große, integrative Sozialerzählung des Kapitalismus aufzulösen« (Rilling 2014: 90). Wir erleben und ertragen seit rund 30 Jahren den Kapitalismus als Neoliberalismus, der sich durch eine fortschreitende Atomisierung der Individuen innerhalb einer ent-solidarisierten, fragmentierten und zunehmend sinnentleerten Gesellschaft manifestiert. Mittlerweile ist eine ganze Generation herangewachsen, deren Angehörige einander in einem sich stetig zuspitzenden (Geltungs-)Wettbewerb gegenüberstehen, sei es im Studium, im Berufsleben oder in den sozialen Medien. Die Privatisierung des Öffentlichen geht einher mit einer Veröffentlichung des Privaten. Die sogenannten sozialen Netzwerke täuschen Gemeinschaft bloß vor. Im Gegensatz zu ihrer gängigen Bezeichnung sind sie Medien einer radikalen Zurückgeworfenheit des Einzelnen auf sich selbst.

In den 1980er Jahren begann der neoliberale Umbau des kapitalistischen Staates, was dessen Tätigkeit vor allem im Sozialbereich, in der Umvertei-

lung von Reichtum und in Sachen sozialer Gleichheit massiv einschränkte. Dieser Transformationsprozess führte zum Abbau der sozialen Grundlagen für die politische Handlungsfähigkeit des/der Einzelnen, zu einer Entdemokratisierung und schließlich zur wachsenden Anziehungskraft von rechtspopulistischen, xenophob, rassistisch und antifeministisch argumentierenden Parteien. Dadurch kann auf die Unsicherheit der materiellen Lebensumstände, die sich spätestens seit dem Finanzcrash 2008 auch in den Wohlstandsgesellschaften bemerkbar gemacht hat, auf herkömmlichen, etablierten politischen Wegen (z.B. über nationalstaatliche Parlamente und sozialpartnerschaftliche Arrangements) immer weniger reagiert werden. Auf alten und neuen Foren werden deshalb die Stimmen nach »echter Demokratie« lauter. Die Indignados auf der Plaza del Sol fordern »¡Democracia real ya!«, zivilgesellschaftliche Organisationen formulieren ihre Vorstellung von mehr Demokratie. Gemein ist ihnen ihr Protest gegen die bürgerliche Vorstellung und Praxis von Demokratie (Ehs 2015).

Seit der Krise hat sich der Trend vom Leistungsstaat zum bloßen Gewährleistungsstaat noch weiter verstärkt. Denn war das marktwirtschaftliche System der Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg noch wohlfahrtsstaatlich und daher zumindest mit der Perspektive einer immer fortschreitenden Demokratisierung ausgestattet, weil Kapital und Arbeit einen Kompromiss eingegangen waren, so wurde dieser Vertrag spätestens Ende der 1980er von den herrschenden Klassen einseitig aufgekündigt. War der westeuropäische keynesianische Sozialstaat zuvor die Antwort auf das kommunistische Gesellschaftsmodell gewesen, setzte sich der Kapitalismus neoliberaler Prägung gegen den diskreditierten Sozialismus nach 1989 als alleinige Utopie des Guten Lebens durch.

Was folgte, war eine Revolution der Märkte. Die Finanzkrisen seit dem »Erdölchock« der 1970er Jahre dienten den herrschenden Klassen zur Neukonzeption des Kapitalismus im globalen Maßstab und bereiteten den Boden für ein neoliberales Projekt, das aufgrund seines globalen Charakters nicht mehr den Frieden mit der ArbeiterInnenschaft suchen musste. Der Markt wurde zunehmend zur ausschließlichen Instanz allen menschlichen Handelns. Alles wird kommodifiziert und mobilisiert und erstmals seit Jahrhunderten gibt es keinen relevanten systemischen Gegenentwurf zur kapitalistischen Vergesellschaftung (Ehs et al. 2015).

## Alternativen denken?

Obwohl wir uns zweifelsohne in einer »mehrdimensionalen Gesellschaftskrise« (Klein 2013: 7) bzw. »VielfachKrise« (Demirović/Dücker/Becker/Bader 2011) befinden, werden Alternativen zum Kapitalismus relativ wenig diskutiert. Die Eliten und herrschenden Klassen sind viel eher damit beschäftigt, die vorhandenen Reproduktionsprobleme des Kapitalismus mittels eines permanenten Krisenmanagements in den Griff zu bekommen. Dabei kann Neues nicht entstehen, weil die Krise nicht überwunden, sondern bloß verwaltet wird. Antonio Gramsci (1996b: 1682) hat einst geschrieben: »Wer herrscht, kann die Krise nicht lösen, hat aber die Macht (zu verhindern), dass andere sie lösen, d.h. hat nur die Macht, die Krise selbst zu verlängern.«

Die neoliberale Politik formuliert als Antwort auf die Krise Altbekanntes: Die Wirtschaft soll »angekurbelt« und »entfesselt«, »Strukturreformen« angegangen, »nachhaltiges Wachstum« gefördert und die »Sparpolitik« fortgesetzt werden. Obwohl schon vor mehr als vierzig Jahren auf die »Grenzen des Wachstums« (Meadows/Meadows/Randers/Behrens 1972) in Bezug auf fossile Energieträger und Bodenschätze und hinsichtlich ökologischer Belastbarkeit von Böden, Meeren und der Atmosphäre hingewiesen wurde, ist die mantra-artige Forderung nach Wirtschaftswachstum nach wie vor allgegenwärtig. Wir befinden uns in einem System, das nicht nur die Rhetorik der Alternativlosigkeit verwendet, sondern in dem wir auch politisch so agieren, als wäre eine andere Welt nicht möglich. Selbst Parteien wie Syriza in Griechenland, die angetreten sind, ja nicht einmal den Kapitalismus zu überwinden, sondern vielleicht den marktwirtschaftlichen Gesellschaftsvertrag neu zu verhandeln, setzen letztendlich neoliberale Agenden um.

Bei all der oktroyierten Verelendungspolitik darf über das Warum gar nicht mehr diskutiert werden. Der Kapitalismus genügt sich selbst: »Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen.« (MEW 23: 621) Das aktuelle »Krisenmanagement« zielt somit auf die Ausweitung und Vertiefung eines post-fordistischen, neoliberalen und finanzgetriebenen Akkumulationsregimes ab: beschleunigte Handelsliberalisierung, Zunahme von Offshore-Erdölbohrungen und der »Fracking«-Gasförderung, Verlängerung der Arbeitszeit und Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, Intensivierung kapitalistischer Ausbeutung durch den verstärkten Einsatz von neuen Technologien, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Abbau des Sozialstaates durch eine Weiterführung bzw. Vertiefung der Austeritätspolitik und die gleichzeitige fortschreitende Kommerzialisierung des Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystems sowie Verkehrswesens. Der ständig wachsende Druck der Kapitalverwertung läuft unweigerlich auf die Zerstörung der

materiellen Grundlagen menschlichen Lebens und eine autoritäre, gewaltförmige Absicherung von Akkumulation hinaus.

Allerdings muss eine Krise, wie wir sie im Moment gerade erleben, keineswegs das Ende des Kapitalismus einläuten. Ganz im Gegenteil. Krisen sind potenziell »immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen« (MEW 25: 259). Doch wie kann man sich das Ende des Kapitalismus und den Übergang zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsform eigentlich vorstellen? Gibt es dazu ein grobes Orientierungsmuster beziehungsweise gewisse Wegweiser, die uns als Anhaltspunkte dazu dienen könnten? Oder werden neue Welten immer nur spontan und kontextabhängig durch die Praxis der handelnden Personen geschaffen?

Gramsci (1996a: 1577 f.) meinte einmal, dass sich »an einem bestimmten Punkt (...) die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien [lösen, da sie diese] nicht mehr als (...) Ausdruck ihrer Klasse oder Klassenfraktion [anerkennen].« Das führt dazu, dass breite Bevölkerungsschichten »urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität [übergehen] und Forderungen stellen, die in ihrer unorganischen Komplexität eine Revolution darstellen. Man spricht von ›Autoritätskrise‹, und das eben ist die Hegemoniekrise oder Krise des Staates in seiner Gesamtheit.« Als wir 2015 nach Griechenland oder Spanien schauten oder schon Jahre früher nach Lateinamerika, dann schien dieser bestimmte Punkt erreicht zu sein. Das war nicht nur an den Reaktionen der herrschenden Eliten abzulesen. Zumindest für kurze Zeit wurden Alternativen wieder laut gedacht.

## Offenheit für Neuland und tausend Probleme

Einen Anhaltspunkt für die Suche nach einer alternativen Gesellschaft finden wir in einer Marxschen Frühschrift. In einem Brief in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* (MEW 1: 344) weist Marx der Kritik eine entscheidende Rolle zu, um dogmatische Herangehensweisen an einen gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu vermeiden. Bezugnehmend auf den revolutionären Kommunismus schreibt er, dass es »gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung [ist], daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen«. Ein penibel ausgearbeitetes und vollständig durchdachtes Strategiepapier, das die zu gehenden Schritte in eine neue Welt weist, kann es also nicht geben. Ein solcher Entwurf hätte wohl immer auch einen autoritären, besserwisserischen und oktroyierten Charakter. Sowohl die konkrete Form einer befreiten Ge-

sellschaft als auch die Art und Weise des Übergangs sollten daher offen und unbestimmt bleiben.

Es geht also darum, sich zweifelnd, selbsthinterfragend an das Neue heranzuwagen. Marx verstand Revolution als einen Prozess, in dem die näheren Bestimmungen des Zukünftigen bereits in der Gegenwart tastend und experimentierend hervorgebracht werden. Darin liegt das Revolutions- und Transformationspotenzial, auf demokratischem Wege neue Formen des Zusammenlebens selbst zu gestalten. Mit Ernst Bloch (1985) gesprochen, braucht man hierfür dreierlei: Mut, militanten Optimismus und eine konkrete Utopie. Jene konkrete Utopie ist jedoch keinesfalls eine Blaupause, sondern vielmehr eine Offenheit, wieder (in) Alternativen zu denken. Die radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse bildet dabei die Grundlage für eine zukünftige Welt. Nur mit ihr kann es gelingen, revolutionäre Prozesse auf den Weg zu bringen. Notwendig ist, wieder klassen- und geschichtsbeusst zu werden, sich an frühere Kämpfe und an heute wieder bereits verlorenes Terrain zu erinnern; daran, dass die »Tradition der Unterdrückten« uns darüber belehrt, dass »der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist« (Benjamin 1980: 697).

Einen ähnlichen undogmatischen Standpunkt gegenüber zukünftigen Welten nimmt auch Rosa Luxemburg (1968: 106ff.) in ihrer Kritik der Russischen Revolution ein: »Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausenden konkreten praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundzüge in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt es kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluss. (...) Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, dass der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren lässt [...]. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme.«

## Radikale Kritik

Nachdem Marx zuerst auf die Rolle der Kritik hingewiesen hatte, präzisier- te er in jenem Brief aus den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* (MEW 1: 344) deren Charakter: »Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwer- den für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegen- wärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Be- stehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vor- handenen Mächten.« Durch die »rücksichtslose« Kritik des Gegenwärtigen sollen sich also allmählich, Schritt für Schritt die Potenziale für das Entstehen einer alternativen Welt entwickeln.

Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen kann also dazu beitragen, dass sich die bereits bestehenden Risse und auftretenden Spannungen wei- ter verstärken. Mehr denn je hat kritisch-materialistische Theorie heute die Aufgabe, organisch verbunden mit den konkreten Lebenswelten der Men- schen, das allgemeine Bewusstsein über den jeweiligen historischen Mo- ment zu schärfen, und die vorhandenen Potenziale für das Entstehen al- ternativer Gesellschaftsformen aufzuzeigen. Kritische Theorie muss, um auch wirklich als solche zu gelten, die Eigenschaft besitzen, die Gegen- wart aufzuhellen, sie radikal zu hinterfragen und zu entmystifizieren und somit die Weichen zu stellen für die Schaffung des Zukünftigen und Neu- en (Demirovič 2008).

Dazu ist es notwendig, die Krisentheorie mit einer Gesellschaftstheorie zu verbinden. Kritik hat darauf abzuzielen, die Vereinzelung zu überwin- den und eine Einsicht in die überindividuellen Zusammenhänge herzustellen. Denn die Konkurrenz, die die Grundlage des neoliberalen Kapitalis- mus darstellt, entsolidarisiert. Und sie tut es mehr denn je seit dem Crash von 2008. Wir stehen im Wettbewerb um Studien- und Arbeitsplätze, ja so- gar um unbezahlte Praktika, und erkennen kaum die gesamtgesellschaft- liche Dimension der eigenen verunsicherten Existenz. Hierbei bedarf es der radikalen Kritik, die auf die gemeinsame Erfahrung individuellen Leidens hinweist und damit ein *remaking of class* betreibt (Candeias 2007). Denn was für Marx das Proletariat war, ist im 21. Jahrhundert das Prekariat: eine »Klasse(nfraktion) im Werden« (Candeias/Völpel 2014: 43).

Die anti-systemischen Bewegungen der vergangenen Jahre sind erste Re- aktionen auf den von den herrschenden Eliten neu ausgerufenen Klassen- kampf. Die durch den Neoliberalismus Prekarisierten formieren sich in die- sen Begegnungen, wobei sich die neuen Organisationsformen von jenen in der Vergangenheit unterscheiden. Aufgrund prekärer, flexibler Arbeitsformen

und hoher Arbeitslosigkeit sowie geschwächter Gewerkschaften finden die Kämpfe nicht mehr am Arbeitsplatz statt. Es gibt keine MaschinenstürmerInnen und auch keine RädelsführerInnen am Fließband mehr. Stattdessen findet der Klassenkampf seinen Ausdruck in den Protesten gegen Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, gegen Zwangsräumungen oder gegen die Abschiebung von integrierten AsylwerberInnen, deren Gesuch nach Jahren abgewiesen wurde.

### **Risse verstärken, Brüche herbeiführen, die »gesellschaftliche Partei« vorantreiben**

Obwohl es an alternativen Konzepten und Ideen nicht mangelt, gibt es gegenwärtig wenig soziale Kräfte, die imstande wären, ein emanzipatorisches, gesamtgesellschaftliches Projekt voranzutreiben. Wie sich in den Jahren seit dem Crash von 2008 und der globalen Rezession nachdrücklich gezeigt hat, reicht eine schwere Wirtschaftskrise nicht aus, um die Unterstützung breiter Gesellschaftsschichten für ein revolutionäres Transformationsprojekt zu gewinnen. Obwohl die Macht der neoliberalen Eliten zwar nunmehr keine »führende« Position mehr ist, ist sie aufgrund ihrer institutionellen und finanziellen Macht nach wie vor eine »herrschende« (Candeias 2009). Dennoch haben sich seit rund einem Jahrzehnt in Lateinamerika und seit 2011 auch in Europa und den USA neue soziale Bewegungen mit direktdemokratischen Elementen formiert, die anti-systemische Kritik äußern. Es hat sich aber in diesen Prozessen gezeigt, dass die institutionelle Einbettung dieser Bewegungen in die bestehenden Strukturen einerseits zu einer Entradikalisierung (Spanien, Griechenland) und andererseits zu einer reformistischen Neuausrichtung der Kapitalakkumulation (Lateinamerika) geführt hat.

Daher ist es Aufgabe einer demokratischen, auch parteilich verorteten Linken, die vorhandenen kritischen Ansatzpunkte und Potenziale am Leben zu erhalten, sie weiterzudenken und dafür zu kämpfen, dass sie in einer nahen Zukunft auch in die Tat umgesetzt werden können. Hierfür ist es notwendig, lokal, national und in internationaler Solidarität Brüche herbeizuführen, indem man die bereits bestehenden Risse im System verstärkt. Sodann müssen Verdichtungspunkte geschaffen werden, und vor allem darf der Staat nicht den neoliberalen Eliten überlassen werden. Vielmehr muss das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft neu definiert, und die grundsätzliche Ausrichtung der Gesellschaft neu verhandelt werden. Während institutionelle Macht erobert wird, müssen gleichzeitig neue Institutionen geschaffen werden. Dazu bedarf es auch einer »revolutionären Par-

tei«, also einer *partito connettivo* (verbindenden Partei), ja einer im Sinne Gramscis »gesellschaftlichen Partei« neuen Typs (Porcaro 2010).

Jodi Dean (2012) argumentiert in diesem Zusammenhang für eine neue Theorie der kommunistischen Partei. Für sie sind die kapitalismuskritischen *grassroot*-Bewegungen und ihre Verdichtung in einer Partei keine Gegensätze. Viel eher plädiert sie für ein Neuverständnis der Partei als jene Organisation, die den politischen Kampf organisieren und den Prozess der inhaltlichen Auseinandersetzung offenhalten könne (Dean 2016). Denn die Schwäche der revolutionären AkteurInnen liegt heute gerade darin, dass uns 30 Jahre Neoliberalismus gelehrt haben, das autonome Individuum jederzeit über unseren Wunsch nach Vergemeinschaftung zu stellen. Lediglich der auf Jacques Lacan zurückgehende Moment der *jouissance*, den wir bei gemeinschaftlich erlebten Protesteruptionen in uns fühlen, könne laut Dean noch ein unmittelbares Gefühl der Gleichheit und Gerechtigkeit herstellen.

Er sei ein Moment, in dem wir uns in der Position der Unterdrückten vereint fühlen, in dem wir unsere Bedeutung spüren, die Zumutungen nicht mehr ertragen wollen und zaghaft gar die Überzeugung hegen, etwas bewegen zu können. Diesen Moment des Begehrens nach Kollektivität, diese Spannung des »ungehemmt schäumenden Lebens« (Luxemburg 1968: 135) gilt es von und in der Partei am Leben zu erhalten, selbst wenn die besetzten Plätze wieder verloren gegangen sind. Alexis Tsipras beschworte diesen Moment am Vorabend des Oxi-Referendums 2015, als er auf der zentralen Kundgebung sagte, man protestiere heute nicht, sondern man feiere: »Today democracy is celebrating, democracy is joy, democracy is salvation, democracy is a way out.«

## **Transformationen im »erweiterten Staat«**

Die Suche nach einer postkapitalistischen Welt ist ein langwieriger, umkämpfter Prozess, in dem es auch immer um die Transformation der Kräfteverhältnisse innerhalb der Staatsapparate zugunsten der subalternen Klassen geht. Nicos Poulantzas (2002) erkannte die Bedeutung der politischen Machtergreifung für die radikale Transformation des Staates und betonte den herausragenden Stellenwert der Verbindung von repräsentativer Demokratie mit Formen direkter Demokratie und Selbstverwaltung. Das Verhältnis zwischen Partei/Regierung/Staat und sozialen Bewegungen muss neu gedacht und verhandelt werden, gerade weil der kapitalistische Staat die Form ist, in der die bürgerliche Klasse sich als herrschende Klasse organisiert. Die Aktualität von Poulantzas' Schriften liegt in der heute beobachtbaren Ver-

lagerung der Prozesse politischen Entscheidens weg von den Parlamenten und Parteien zu informellen, die formellen Instanzenwege durchkreuzende, überlagernde und durchdringende Parallelstrukturen, wie sie Griechenland in Form der demokratisch kaum legitimierten Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds gegenüberstanden.

Der Wandel innerhalb des Staates vollzieht sich jedoch immer nur über Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft, in den Betrieben, der Familie, den Schulen und Universitäten, Medien, Gewerkschaften, Friedens-, Frauen-, sozialen und ökologischen Bewegungen, demokratischen Initiativen, politischen Parteien etc. Konkret geht es dabei um emanzipatorische Experimente, kollektive Kampferfahrungen und antiautoritäre Lernprozesse (Zelik/Altwater 2009: 130). Eine entscheidende Rolle für das Gelingen spielen hier neue Allianzen zwischen grassroot, gewerkschaftlichen, kommunalen Bewegungen und Parteien, die die Machtfrage stellen und gesellschaftliche Umgestaltung durch ihr bewusstes Handeln Schritt für Schritt verwirklichen und anhand ihrer im politischen Widerstand und im alltäglichen Aktivismus gewonnenen Erfahrungen eine neue Vergesellschaftung schaffen.

Denken wir nun Nicos Poulantzas und Jodi Dean gemeinsam, kann der Übergang vom Kapitalismus zu einem solidarischen, demokratischen und ökologisch nachhaltigen Gesellschaftsmodell nur gelingen, wenn wir zwar auf die politische Partei setzen, um institutionelle Macht zu erlangen, sie aber nur als Übergangsform im Kampf um eine neue Gesellschaftsform verstehen. Es gilt innerhalb der bestehenden Institutionen die antikapitalistische Gegenmacht zu erweitern und gleichzeitig neue alternative Organisations- und Vergesellschaftungsformen in der Zivilgesellschaft zu schaffen (vgl. Ehs 2016).

## **Gegenhegemoniale Spielräume**

Die sozial-ökologischen Kämpfe in Lateinamerika, die die kapitalistische Wachstumslogik und westliche Konsumvorstellungen infrage stellen, sind wichtige beispielhafte Initiativen. Dazu zählen die besetzten, selbstverwalteten Betriebe Argentiniens (Tauss 2013), die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador oder die sozialen und demokratischen Errungenschaften des boliviarischen Prozesses in Venezuela. Das Studium jener Stärkung gegenhegemonialer Spielräume und jenes Ausprobierens, wie die Lücke zwischen Horizontalität (Basisdemokratie) und Vertikalität (Parteiendemokratie) überwunden werden kann, wird uns auf dem Weg zum Ende des Ka-

pitalismus ebenso weiterbringen, wie das Verständnis von Schwächen dieser Prozesse. So ist die Distanzierung der Linksregierungen von den sozialen Bewegungen in Bolivien oder Ecuador ebenso problematisch, wie die Unfähigkeit des Chavismus in Venezuela, sich wirtschaftlich aus dem extraktivistischen Wirtschaftsmodell zu befreien. Salvador Schavelzon (2015) spricht bereits vom »Ende der progressiven Erzählung in Lateinamerika«, weil in zahlreichen einst »progressiven« Ländern mittlerweile wieder rechte Regierungen im Amt oder am Vormarsch sind (vgl. dazu auch Brand 2016). Auf der Suche nach den Gründen für diese Restauration stoßen wir meist auf die gleichen Fehler, die auch jüngst Syriza begangen hat.

Sowohl in Lateinamerika als auch in Griechenland war der Ausgangspunkt der Politik der Linksregierungen »die diskursive Negation, aber nur partielle oder selektive reale Abkehr von neoliberalen Orientierungen« (Boris 2015: 3). Da wie dort hat man zwar einige Zumutungen des Neoliberalismus gemildert, am System selbst wurde jedoch kaum oder zu wenig angesetzt. Vor allem fehlte eine breite Diskussion über eine langfristig umzusetzende konkrete Utopie und »eine konkrete Festlegung auf die angestrebte Gesellschaftsform« (ebd.). Sozialistische Ideale wurden zwar ständig proklamiert und auf politischer Ebene entworfen, im Bereich der Ökonomie blieb man aber dem Kapitalismus verhaftet, weil vor allem die Wiederherstellung des Öffentlichen (Rekommunalisierung, Wiederverstaatlichung) und grundlegende Veränderungen im Steuersystem (Reichensteuer etc.) nur unzureichend angegangen wurden. Damit blieben wirtschaftliche Machtkonstellationen und somit die Hegemonie der herrschenden Klasse unangetastet. Letztlich führte dies auch zur Beibehaltung des kapitalistischen Habitus im Volk, das den Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform gegen den Aufstieg innerhalb der Konsumgesellschaft eintauschte. Das wiederum wirkte entpolitisiert und begründet zumindest zum Teil das nunmehr konservative Wahlverhalten.

## Schlussbemerkungen

Für eine antikapitalistische Linke geht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr denn je um einen radikalen ökonomischen Paradigmenwechsel, im Sinne einer sozio-ökologischen, feministischen und demokratisch fundierten Neuorientierung aller vorherrschenden Produktions-, Distributions-, Austausch- und Konsumformen. Eine solche sollte auf eine allgemeine Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs, die gleichzeitige Schaffung eines alternativen und nachhaltigen Energie- und Mobilitätsmodells, den Aufbau

und Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft und eine generelle Reduktion des individuellen materiellen Konsums abzielen (vgl. Brand 2014). Hierfür gibt es bereits einige Vorbote, wie städtische Gemeinschaftsgärten, ökologischer Wohnbau und alternative Siedlungsprojekte, Lebensmittelkooperativen und *peer to peer*-Produktionsmodelle.

Für die Neugestaltung der (Re-)Produktionsprozesse werden die gesellschaftliche Umverteilung privater Produktionsmittel und die rechtliche Neuordnung der bestehenden Eigentumsverhältnisse von zentraler Bedeutung sein. Ohne die Umwandlung von Privateigentum in neue Formen gesellschaftlichen, genossenschaftlichen und kommunalen und auch staatlichen Eigentums wird eine alternative Gesellschaft wohl kaum erreicht werden können. Nur so kann letzten Endes die Produktion von Gebrauchswerten wieder über jene von Tauschwerten gestellt werden (Houtart 2007). Außerdem bedarf es auch einer bewussten, vernünftigen, nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung sowie der Vergesellschaftung zentraler Industriezweige.

Auf politischer Ebene geht es in erster Linie um die (Re-)Politisierung der Öffentlichkeit und um die gesellschaftliche Demokratisierung im Sinne einer konkreten und substanziellen Stärkung diverser Formen partizipatorischer Mitbestimmung. Zusätzlich sollte die gesellschaftliche Wiederaneignung öffentlicher Räume und gemeinschaftlicher Güter (*Commons*), die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle (vgl. Reitter 2012) und die Gründung demokratischer und gewerkschaftlicher Banken vorangetrieben werden. In einer postkapitalistischen Gesellschaft müssen auch Wohnen, Mobilität und Arbeit als Grundrechte neu gedacht und organisiert werden. Es geht um die zeitliche Neu- und Umverteilung von Arbeit, um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, um die Neubewertung bezahlter und unbezahlter Reproduktions- und Pflegearbeit (*care work*), und schließlich um Maßnahmen gegen fremdbestimmte, entfremdende Arbeit.

Die Gesellschaft nach dem Ende des Kapitalismus wird sich somit auf »gemeinschaftliche Eigentumsformen, ein alternatives, dezentrales Energiemodell, eine Kombination der Steuerungsmechanismen Plan und Markt, sowie wirtschaftsdemokratische, partizipatorischer Entscheidungsformen« (Zelik/Altwater 2009: 200) stützen müssen. Alternative Transformationsprojekte entwerfen dabei immer schon in den realexistierenden kapitalistischen Verhältnissen die Grundrisse einer neuen Gesellschaftsform. Eine solche wird in einer Zeit, in der die »beste aller möglichen Welten« immer unmöglicher wird, und es ihren ApologetInnen stets schwerer fällt, den trügerischen Schein und selbstzerstörerischen Ethos unbegrenzter Möglichkeiten aufrechtzuerhalten, zunehmend zu einer realen Notwendigkeit.

Über das Ende des Kapitalismus nachzudenken, heißt schließlich, auftretende Bruchstellen und Widersprüche zu identifizieren und in den Ritzen einer scheinbar natürlichen und unumstößlichen Ordnung des Sozialen einen fruchtbaren Nährboden zu finden, auf dem neue Strukturen gedeihen können. Es geht um das Aufspüren und Erkennen verborgener oder teilweise schon offen zutage tretender Möglichkeiten. Emanzipatorischer gesellschaftlicher Wandel stützt sich dabei immer auf die Kombination von radikaler Kritik des Bestehenden und dem Aufzeigen respektive dem praktischen Vorleben konkreter Alternativen im kleinen Rahmen, die in unzähligen Fällen bereits im Jetzt die Vorboten zukünftiger möglicher Welten sind.

Hält man sich die verschiedenen Krisenmomente vor Augen, so wird klar, dass es eigentlich eine Absage an die Intelligenz ist, weiterhin an der Vorstellung einer unendlichen Fortsetzung und Reproduktion eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems festzuhalten, das Jahr für Jahr strukturell von exponentiellem Wachstum abhängt. Sich seines Verstandes zu bemächtigen, würde vielmehr bedeuten, die sozioökologische, ökonomische, politische und ethische Notwendigkeit zu erkennen, sich antikapitalistischen Kämpfen anzuschließen und nach selbstbestimmten, solidarischen Alternativen zu suchen.

## Literatur

- Benjamin, W. (1980): Über den Begriff der Geschichte, in: ders., *Gesammelte Schriften I.2*, Tiedemann, R./Schweppenhäuser, H. (Hrsg.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bloch, E. (1985): *Werkausgabe: Band 5: Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Boris, B. (2015): Linksregierungen in der Defensive, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, 12/2015, 1-13.
- Brand, U. (2014): Wachstumskritik: Das bornierte Streben nach Profit, *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ.)*, 27.7. 2014, [www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstumskritik-das-bornierte-streben-nach-profit-13047404.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstumskritik-das-bornierte-streben-nach-profit-13047404.html) (letzter Zugriff: 22.6.2016).
- Brand, U. (Hrsg.) (2016): *Lateinamerikas Linke. Ende eines progressiven Zyklus?* Hamburg: VSA.
- Candeias, M. (2007): *Unmaking and Remaking of Class: The »Impossible« Precariat between Fragmentation and Movement*, Policy Paper of the Rosa Luxemburg-Stiftung 3/2007, 1-10.
- Candeias, M. (2009): Die letzte Konjunktur: organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen, *Berliner Debatte INITIAL* 20 (2009) 2, 12-24.

- Candeias, M./Völpel, E. (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg: VSA.
- Dean, J. (2012): *The Communist Horizon*. London/New York: Verso.
- Dean, J. (2016): *Crowds and Party*. London/New York: Verso.
- Demirović, A. (2008): Kritik und Wahrheit: Für einen neuen Modus der Kritik, European Institute for Progressive and Cultural Policies (EIPCP), <http://eipcp.net/transversal/0808/demirovic/de> (letzter Zugriff: 22.6.2016)
- Demirović, A./Dück, J./Becker, F./Bader, P. (2011) (Hrsg.): *VielfachKrise*. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Ehs, T. (2015): Das Unbehagen im Parteienstaat. Thesen zur (Re-)Demokratisierung, in: Öhlinger, T./Poier, K. (Hrsg.), *Direkte Demokratie und Parlamentarismus*. Wien: Böhlau, 119-134.
- Ehs, T. (2016): Partei oder nicht Partei? online auf Mosaik blog: <http://mosaik-blog.at/partei-oder-nicht-partei/> (letzter Zugriff: 22.6.16)
- Ehs, T. et al. (2015): Die Welt, in der wir leben. Positionspapier des wissenschaftlichen Beirats zur SPÖ-Programmdiskussion, Juni 2015.
- Gallas, A./Nowak J. (2011): Die Krise der Demokratien: Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung, ÖZP – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/2011, 139-153.
- Gramsci, A. (1996a): *Gefängnishefte*, Band 7. Berlin/Hamburg: Argument.
- Gramsci, A. (1996b): *Gefängnishefte*. Heft 14, Berlin/Hamburg: Argument.
- Houtart, F. (2007): »Un socialismo para el siglo XXI: Cuadro sintético de reflexión«. Vortrag, Jornadas »El Socialismos del siglo XXI«. Caracas, Juni 2007.
- Klein, D. (2013): *Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*. Hamburg: VSA.
- Luxemburg, R. (1968): *Politische Schriften*, Band III. Wien: Europa.
- Marx, K. (1962): *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Erster Band, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 23 (MEW 23). Berlin: Dietz.
- Marx, K. (1964): *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*, Dritter Band (Hrsg. Friedrich Engels), in: *Marx-Engels-Werke*, Band 25 (MEW 25). Berlin: Dietz.
- Marx, K. (1981): *Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern«*, in: *Marx-Engels-Werke*, Band 1 (MEW 1). Berlin: Dietz, 335-346.
- Meadows, D.H./Meadows, D.L./Randers, J./Behrens III, W.W. (1972): *The Limits to Growth*. New York: Universe Books.
- Porcaro, M. (2010): Partei in der Krise. Chancen für eine Rifundazione?, *Luxemburg*, 1/2010, 71-75.
- Poulantzas, N. (2002): *Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Reitter, K. (2012): *Bedingungsloses Grundeinkommen*. Wien: Mandelbaum.
- Rilling, R. (2014): *Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus*, Blät-

ter 11/2014, 81-91.

Schavelzon, Salvador (2015), El fin del relato progresista en América Latina, 24.6. [www.diagonalperiodico.net/global/27148-fin-del-relato-progresista-america-latina.html](http://www.diagonalperiodico.net/global/27148-fin-del-relato-progresista-america-latina.html) (letzter Zugriff: 22.6.2016).

Tauss, A. (2013): Argentinien besetzte Betriebe: Das emanzipatorische Potenzial und die Grenzen der Arbeiterkontrolle, in: Zelik, R./Tauss, A. (Hrsg), *Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen: Eine latein-amerikanisch-europäische Debatte*. Hamburg: VSA, 180-195.

Zelik, R./Altwater, E. (2009): *Vermessung der Utopie: Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft*. München: Blumenbar.